

„Problem wird kleingeredet“

Die Diskussion über Ultrafeinstaub in Flugzeugabgasen enttäuscht die meisten Zuhörer

Von Harald H. Richter

OFFENBACH ■ Eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch Ultrafeinstaub in Flugzeugabgasen wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Das zeigte sich am Montag während einer Veranstaltung der Stadt und der Bürgerinitiative Luftverkehr mit Fachleuten im Gründercampus Ostpol.

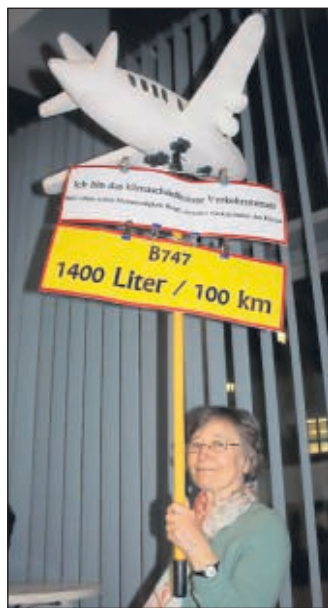
Wer erwartet hat, das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie warte an diesem Abend mit aktuellen Mess-Ergebnissen auf, aus denen sich Handlungsoptionen über die gesundheitlichen Auswirkungen von Ultrafeinstaubpartikeln (UFP) infolge des Flugverkehrs auf den Menschen ergeben, wird enttäuscht. Aus dem Kreis der nahezu 100 Zuhörer im Ostpol werden folglich Stimmen laut, es werde wohl „auf Zeit gespielt“ und „das Problem kleingeredet.“

Gut zwei Stunden vertiefen sich bei der gemeinsamen Veranstaltung von Stadt und Bürgerinitiative Luftverkehr in Offenbach (BIL) der zuständige Landesamtsdezernent Prof. Stefan Jacobi und die Vertreter des Arbeitskreises Ultrafeinstaub im Bündnis der Bürgerinitiativen, Wolfgang Schwämmlein und Joa-

chim Alt, ins Thema. Eine Annäherung ihrer Positionen jedoch ist kaum auszumachen, da sie Untersuchungsergebnisse über einen zweijährigen Zeitraum unterschiedlich bewerten. Mit dabei sind auch Dezernent Paul-Gerhard Weiß und Gesundheitsamtsleiter Dr. Bernhard Bornhormer.

„Als Ultrafeinstaub wird eine Mischung aus Stoffen mit unterschiedlichen chemischen und physikalischen Eigenschaften bezeichnet, deren Durchmesser weniger als 100 Nanometer beträgt“, erläutert BIL-Vorsitzende Ingrid Wagner eingangs. Es gebe deutliche Hinweise, dass kleinste Staubteilchen stark gesundheitsschädlich seien. Fachleuten ist klar: „Für Feinstaub gibt es keine Schwelle, unterhalb derer keine schädigende Wirkung zu erwarten ist.“ Da Flugzeuge viele ultrafeine Partikel emittieren, stellen sie eine besondere Gefährdung dar.

„Die vom Landesamt erbrachten Messungen zeigen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Flugbetrieb und der Belastung mit ultrafeinen Partikeln unter den Anflugrouten deutlich auf“, legt Alt sich fest. „Der Eintrag kommt unmittelbar von den Flugzeugen und wird durch Wirbel-



Stiller Protest während der Diskussionsrunde. ■ Foto: Richter

schleppen nach unten gedrückt, also in die Wohngebiete.“

Das will Jacobi so nicht stehen lassen. Zwar liege an der flughafennahen Messstation Raunheim die UFP-Konzentration sowohl im Mittel als auch im Extremauschlag über der in anderen urbanen Gebieten, etwa Langen und Berlin, aber kaum signifikant höher als an straßenverkehrsbelasteten Stellen. Jacobi zieht dazu Ergebnisse des Luftfahrtbundesamtes heran,

die sich auf Messpunkte im Raum Leipzig und Dresden beziehen.

Seine Behörde wolle jedoch eigene Prüfkativitäten ausweiten, um die Größenverteilung der Ultrafeinstäube zu untersuchen. Dazu benötige man aber eine ausreichend lange Testphase, um qualitätsgesicherte Daten zu gewährleisten. „Zu diesem Zweck haben wir zwei neue Geräte in Betrieb genommen.“ Eines befindet sich in Raunheim, für das zweite ist ein Standort am südwestlichen Rand Frankfurts eingerichtet. „Diese Apparaturen ermöglichen es uns, im Fünf-Minuten-Abstand die Konzentration zu messen, und zwar von über 100 Größenbereichen.“ Bisher wurden Messungen halbstündlich vorgenommen. Anfang 2018 sollen erste Resultate vorliegen. Der Referatsleiter schließt nicht aus, dass weitere Messkapazitäten geschaffen werden. „Etwa straßenverkehrsnahe, im urbanen und ländlichen Hintergrund, vorbehaltlich personeller und finanzieller Möglichkeiten.“

Für die Vertreter der Bürgerinitiative ist jedoch klar erkennbar, dass der Verlauf der UFP-Belastung exakt dem Flugbetrieb folgt. Die größten Halbstundenmittelwerte von bis zu 145000 pro Kubikzen-

timeter seien beängstigend hoch und lägen um ein Mehrfaches über denen einer Silvesterfeuerwerksnacht.

Für größere Staubpartikel mit 10 und 2,5 Mikrometern Durchmesser existieren EU-weite Grenzwerte, nicht aber für Ultrafeinstaub. „Längst überragend“, beklagt daher Wolfgang Schwämmlein. Und Ingrid Wagner verlangt: „Es muss auch in Offenbach gemessen werden!“ Dafür aber ist die Stationstechnik an der Unteren Grenzstraße nicht ausgelegt.

Der kürzlich unterbreitete Vorschlag des Mühlheimer Bürgermeisters Daniel Tybussek an die Städte Hanau und Offenbach, bei Kostenteilung ein mobiles UFP-Messgerät anzuschaffen, bleibt an diesem Abend unerwähnt. „Dazu hätte ich mir ein klärendes Wort des zuständigen Dezernenten gewünscht“, bedauert ein Zuhörer.

In einer ersten Reaktion auf die Veranstaltung fordern die Freien Wähler, dass zeitnah mobile Messstationen in Offenbach und der Region angeschafft werden müssen, um regionale Werte zu erhalten. Man werde bei der Landesregierung anfragen, inwieweit Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können, sagte gestern Fraktionschef Ulrich Stenger.